

Tansania Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

06/2010

Juni

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Sunday Observer, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs vom 31.05.2010 (Interbankrate) für 1,-- € 1.671/-- TSh (<http://www.oanda.com/cgi-bin/travel>)

Zu den Flüchtlingen Nur noch zwei Flüchtlingslager; Einbürgerung von Burundiern; Kommentare zur Einbürgerung; illegale Einwanderer	Seite 2
Zum vom Gewerkschaftsverband geplanten landesweiten Streik Kundgebungen zum 1. Mai; Rede Kikwetes; zum Termin des geplanten Streiks; vorerst kein Streik; zur Geschichte	Seite 3
Anhebung des Mindestlohns im privaten Sektor	Seite 4
Sansibar: zur Regierung nationaler Einheit, Referendum, politisches Klima Zur Einführung einer Regierung nationaler Einheit; Referendum bezüglich einer Regierung nationaler Einheit; Anmerkungen Kikwetes; gemeinsames Gedenken zu Ehren des ersten Präsidenten Sanisbars; zur Durchführung des Referendums; zur Opposition gegen Regierung nationaler Einheit	Seite 5
Zur Allgemeinen Wahl im Herbst 2010 Zu Bestimmungen, Finanzierung; zu Spendenaktionen; Kampf gegen Bestechung; zum Wahlkampf; zu Unterstützung vor und nach der Wahl; Kommentar	Seite 6
Zu regenerativer Energie Agrotreibstoff; Biogas; Erdwärme; landwirtschaftlicher Abfall; Meereswellen; Photovoltaik; Windkraft	Seite 8
Zu Problemen von Kindern und Jugendlichen Kinderarbeit; Menschenhandel; Missbrauch; Misshandlung durch Eltern; Schwangerschaft von Schülerinnen; 'Straßenkinder', Verheiratung Minderjähriger; Kinder als Bettler	Seite 10

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika
Redaktion: Eva Caspary
Internet: www.tansania-information.de

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302
Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto.-Nr. 10 11 111 (BLZ 52060410)
Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>
eMail: africa@mission-einewelt.de

Zu den Flüchtlingen

Nur noch zwei Flüchtlingslager: In einer Erklärung des UNHCR heißt es, seit 15 Jahren beherberge Tansania zum ersten Mal weniger als 100.000 Flüchtlinge. Es gebe nur noch zwei Flüchtlingslager, eines für Kongolesen, das andere für Burundier - mit insgesamt 99.000 Personen.

Die anderen beiden noch vorhandenen Flüchtlingslager wurden geschlossen, die Büroschlüssel dem Sekretär der regionalen Verwaltung übergeben. Die Distrikt-Verwaltungen erhielten die Besitztümer, Lagerhallen, Wohnanlagen, Fahrzeuge und Wassertanks.

Eine UNHCR-Verantwortungsträgerin betonte, der Abschied der Flüchtlinge und des UNHCR bedeuteten nicht das Ende der Unterstützung, die die UNO dem nordwestlichen Teil Tansanias gewährt. Zusammen mit den örtlichen Verwaltungen und UNO-Entwicklungsagenturen habe der UNHCR ein vom UNDP koordiniertes Programm erarbeitet, das einen Übergang von humanitärer Unterstützung zu nachhaltiger Entwicklung in NW-Tansania beinhaltet. Man werde die ehemaligen Gebäude der Lager sanieren und sich weiterhin um Gesundheitsversorgung und Bildung der Gemeinden in den Regionen Kagera und Kigoma kümmern. Der Regional Commissioner der Kagera-Region dankte dem UNHCR für seine Unterstützung während des Zustroms von Flüchtlingen und danach.

Im Jahr 2000 beherbergte Tansania afrikaweit die meisten Flüchtlinge. (DN 29.12.09; Guardian 27.11.09/17.4.10)

*

Einbürgerung von Burundiern: Tansania bürgerte 162.000 Burundier ein, in der Mehrzahl Hutu, die 1972 wegen ethnischer Konflikte in Burundi nach Tansania geflohen waren. Für viele kommt eine Rückkehr in ihre Heimat nicht in Frage, weil sie Land, das ihnen ehemals gehörte, kaum zurückbekommen. (Guardian 17.4.10; Media Global 30.4.10)

Seit den 60er Jahren wurde Tansania, während sich die Kämpfe um Befreiung von Kolonialismus und Apartheid verschärften, zu einem der wichtigsten Asylländer Afrikas. "Ich möchte der erste sein, der euch als Tansanier, nicht mehr als Flüchtlinge, willkommen heißt", sagte Innenminister Lawrence Masha, als er in der Katumba-Siedlung (Rukwa Region) die offizielle Liste der neuen Bürger anschlug.

Diese Erklärung fand ihr Echo in Bujumbura, der Hauptstadt Burundis. Mit "Dankbarkeit und Erleichterung" begrüßte man dort die Einbürgerung. In Burundi müht man sich noch immer darum, das eigene Haus in Ordnung zu bringen - nachdem mehr als 10 Jahre bei blutigen ethnischen Konflikten verschwendet worden waren.

Glücklicherweise hatten die Flüchtlingskinder unter der Obhut des UNHCR nicht auf Schulunterricht verzichten müssen; immer gab es medizinische Versorgung und andere lebenswichtige Dienste. Wenn sie sich irgendwo in Tansania an von ihnen gewählten Orten niederlassen, erwartet man, dass sie ihre Gaben und Güter einsetzen, um sich in den Gemeinden einzubringen. 98 % derer, die die Einbürgerung beantragt hatten, wurden akzeptiert. Der Rest kann erneut einen Antrag stellen. Wird er wieder abgelehnt, müssen UNHCR und die Regierungen von Burundi und Tansania gemeinsam über die zukünftige Ansiedlung entscheiden.

Die Neubürger benötigen in erster Linie Land, um ein Haus zu errichten und Landwirtschaft oder ein anderes Gewerbe zu betreiben. Der UNHCR ist bereit, ihnen bis 2011 zu helfen, bis sie ganz integriert sind.

Die Regierung muss die heimische Bevölkerung sensibilisieren, um Konflikten vorzubeugen.

Dank *Albert Einstein German Academic Refugee Initiative* (DAFI) wurde einigen Neubürgern geholfen, in tansanischen Einrichtungen höherer Bildung zu studieren.

Die Einbürgerung so vieler Menschen bewahrt Burundi vor einer Situation, die möglicherweise explodieren könnte. Hätten die ehemaligen Flüchtlinge für Repatriierung optiert, bestünde das Risiko, dass das Land eine Rückkehr der schlimmen früheren Tage der Zwistigkeiten um Land erlebt. (ThisDay 27.4.10)

*

Kommentare zur Einbürgerung: Eine Sprecherin des UNHCR nannte die Einbürgerung der Burundier einen historischen Vorgang, den großzügigsten, den es je gab. Andere Länder sollten ihn nachahmen. Die Geberländer müssten Tansania bei der Integration der Neubürger helfen, sagte sie. Die meisten seien bereits weitgehend in die Gesellschaft und die Wirtschaft Tansanias integriert. (Guardian 17.4.10; Media Global 30.4.10)

Auch das *Criminal Tribunal for Rwanda* (ICTR) der UNO, das seinen Sitz im Arusha hat, begrüßte die Einbürgerung. "Auch größere und reichere Nationen würden zweimal überlegen, ehe sie Flüchtlinge aufnehmen, vor allem, wenn es sich um so viele handelt", sagte eine Verantwortungsträgerin des ICTR. Während der 15 Jahre, die das Tribunal der UNO in Arusha tätig war,

habe Tansania dafür gesorgt, dass sich alle Mitarbeiter zu Hause fühlten. Einige überlegten sogar, die Einbürgerung zu beantragen. (DN 22.4.10)

Einige von denen, die kürzlich eingebürgert wurden, berichteten, sie hätten noch keine Bescheinigung bezüglich ihrer Einbürgerung erhalten; man habe ihnen gesagt, sie dürften die Siedlung, in der sie lebten, nicht verlassen. Man werde sie in einem anderen Gebiet ansiedeln. Erst dort werde ihnen die Bescheinigung ihrer Staatszugehörigkeit ausgehändigt. Noch dürfen sie sich nicht frei bewegen.

Ein anderes Problem sind die Personen, deren Antrag auf Einbürgerung abgelehnt wurde. Was wird aus ihnen?

Außer diesen gibt es die 36.000 Flüchtlinge im letzten Flüchtlingslager für Burundier. Der Druck, nach Burundi zurückzukehren, steigt. Die Bedingungen in diesem Lager verschlechterten sich im letzten Jahr. Die Schulen wurden geschlossen, das heißt, etwa 12.000 Kinder haben keinen Unterricht. Gewinnbringende Betätigung ist nicht mehr möglich. Sogar Gottesdienste waren vorübergehend verboten; unter strengen Bedingungen kann man nun wieder Andachten halten. Medizinische Grundversorgung und Hilfsdienste werden angeboten. (Pambazuka News 30.4.10)

*

Illegale Einwanderer: In den Fischerdörfern am Tanganjikasee (Rukwa-Region) erschienen in letzter Zeit viele illegale Einwanderer aus der DRKongo und aus Burundi. Bei diesen handelt es sich um solche, die freiwillig heimgekehrt waren; doch plötzlich kamen sie zurück und hoffen nun, eingebürgert zu werden. Als man sie festnahm, erklärten sie, sie seien auf der Durchreise nach Malawi, letztendlich nach Südafrika, um ein besseres Leben zu führen, denn in ihrer Heimat seien die Bedingungen schlecht. Einige Burundier sollen sich an bewaffneten Überfällen beteiligt, andere in Dörfern Feuerwaffen verkauft haben. (DN 5.5.10)

Zum vom Gewerkschaftsverband geplanten landesweiten Streik

Vergebens hatte die Regierung wiederholt versucht, den Gewerkschaftsverband TUCTA davon abzubringen, zum Streik ab 5. Mai aufzurufen.

*

Kundgebungen zum 1. Mai: Im ganzen Land versammelten sich die Arbeiter zu Kundgebungen und riefen zum seit Monaten geplanten, landesweiten, unbefristeten Streik auf. Trotz neuer Mindestlöhne werde ab 5. Mai gestreikt.

Der TUCTA hatte in diesem Jahr weder Präsident Kikwete noch andere Regierungsleute, wie sonst üblich, eingeladen. TUCTA-Repräsentanten nutzten die Gelegenheit, die Regierung zu geißeln; sie habe ihr Volk im Stich gelassen, sie kümmere sich nicht um die Arbeiter, umarme dagegen Investoren aus dem Ausland und einige wenige reiche Geschäftsleute, während einfache Bürger weiterhin in äußerster Armut darben. Die Reichen regierten nicht nur die Wirtschaft des Landes, sondern seien auch in die Politik eingedrungen und säßen nun in den Entscheidungsgremien.

Der TUCTA-Präsident sagte, seit mehreren Jahren habe die Regierung von den Klagen der Arbeiter keinerlei Notiz genommen. Nun sei ein landesweiter Streik unumgänglich. Die Demonstrationen würden wie geplant fortgesetzt. "Wählt nur solche Leute, die echtes Interesse an den Arbeitern gezeigt hatten", forderte der TUCTA-Generalsekretär. (Guardian 1./2.5.10; Citizen 1.5.10; East African 3.5.10)

Gewerkschaften, die nicht zur Dachorganisation TUCTA gehören und gegen den Streik sind, organisierten in Dar-es-Salaam eine Parallelveranstaltung und luden dazu Arbeitsminister Kapuya ein; dieser beauftragte den Regional Commissioner, ihn zu vertreten. (Citizen 1.5.10)

*

Rede Kikwetes: Bei seiner nahezu zweistündigen Monatsansprache bat Präsident Kikwete die TUCTA-Repräsentanten, den Streik abzublasen. Er nannte den Streik illegal und warnte die Arbeiter vor schwerwiegenden Konsequenzen, sollten sie streiken. Angestellte des öffentlichen Dienstes riskierten, ihren Job zu verlieren. Die Regierung könne es sich nicht leisten, 315.000/- TSh als Mindestlohn zu zahlen. "Auch wenn sie acht Jahre ununterbrochen streiken würden, sei ihre Forderung nach 315.000/- TSh unerfüllbar." Er werde die Arbeiter nicht anlügen. Würden sie ihn nur unter diesen Bedingungen wählen, sollten sie es bleiben lassen. Er nannte die TUCTA-Verantwortlichen "Lügner" und "Heuchler", was einigen Politikern und einfachen Bürgern nicht schmeckte. (DN 8.5.10; Guardian 5.5.10; Citizen 5.5.10)

*

Zum Termin des Streiks: Weil am 5. Mai in Dar-es-Salaam das dreitägige *Weltwirtschaftsforum* (WFP) für Afrika *begann*, hatte man allgemein das Gefühl, der Zeitpunkt für den Streik sei

schlecht gewählt. Das WFP fand erstmalig nicht in Cape Town statt. Unter den 1.000 Delegierten waren acht Staatshäupter. Das Thema des Forums lautete 'Neu Afrikas Wachstumsstrategie überdenken'. (DN 8.5.10; Citizen 5.5.10)

Kommentar (Ende April): Unglücklicherweise fällt das WFP mit dem Plan, landesweit unbegrenzt zu streiken zusammen. Wir fordern den TUCTA und die Millionen von Arbeitern auf, nichts zu unternehmen, das verhindern könnte, dass das Forum zu den erhofften Ergebnissen führt. Sagt den Streik ab, wenigstens für die Zeit der Konferenz. (Guardian 24.4.10)

*

Vorerst kein Streik: Am 4. Mai gab der TUCTA-Präsident bei einer Pressekonferenz bekannt, man streike vorerst nicht. Am 8. Mai werde man mit der Regierung verhandeln. Er bat die Arbeiter, bis zu weiteren Informationen nach dem 8. Mai ihre normale Arbeit zu tun, Geduld zu üben. (Guardian 5./6.5.10; Citizen 5.5.10)

Der amtierende TUCTA-Generalsekretär reagierte auf Kikwetes Behauptung, die Regierung könne sich die geforderte Lohnerhöhung nicht leisten und forderte die Regierung auf, Löcher zu stopfen, die zum Verlust von Einnahmen führen: Zuwendungen kürzen, zeitweilige Steuerfreiheit reduzieren, Steuerhinterziehung verhindern, nicht zulassen, dass Führungskräfte ein Luxusleben führen. Kikwete habe nicht das Recht, den Streik als illegal zu bezeichnen. (DN 8.5.10; Guardian 8.5.10; Citizen 8.5.10)

*

Zur Geschichte: Kikwete schlug einen Ton an, der deutlich das Ende der historischen entspannten Beziehung zwischen der regierenden Partei (ehedem TANU, später CCM) und dem Gewerkschaftsverband anzeigte. Während des Kampfes um die Unabhängigkeit war dessen Verhältnis zur Kolonialregierung selbstverständlich feindselig. Einige Gewerkschaftler wollten nach der Unabhängigkeit Abstand halten zur neuen Regierung, aber diejenigen, die eng mit der Partei kooperieren wollten, gewannen. Der Gewerkschaftsverband wurde, genau wie die *TANU Youth League* und die *TANU Women's League* eine Unterorganisation der TANU. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaft wurde durch die *Arusha Erklärung* im Februar 1967 besonders eng. Es geht in dieser um weitgehende Verstaatlichung, zentrale Planung und um Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen den Einwohnern. TANU, später CCM verwirklichten sozialistische Wirtschaftspolitik. Doch seit Mitte der 80er Jahre verfolgen regierende Partei und Regierung mehr und mehr neoliberale Wirtschaftspolitik. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die Stimmen in der Gewerkschaftsbewegung gegen die Fortsetzung der engen Beziehung zur Regierung und der regierenden Partei immer lauter wurden. (Citizen 4.5.10)

Anhebung des Mindestlohns im privaten Sektor

Die Regierung gab die neuen ab 1.5.10 geltenden Bestimmungen für den Monatsmindestlohn in acht Sektoren der Privatwirtschaft bekannt. Zum Teil wurde er bis zu 100 % angehoben. Die Sätze wurden vom Economic Research Bureau der University of Dar-es-Salaam ausgearbeitet.

Gesundheit: 80.000/- TSh

Landwirtschaft: 70.000/- TSh

Industrie, Handel: 80.000/- TSh

Transport, Verkehr: 350.000/- (Luft) bis 150.000/- TSh

Bergbau: 150.000/- TSh bis 350.000/- TSh

Fischerei: 165.000/- TSh

Haushalt: 65.000/- TSh bis 90.000/- TSh

(bei freier Unterkunft, Kost, medizinischer Versorgung u. a.: 25.000/- TSh)

Hotel: 80.000/- bis 150.000/- TSh

andere: mindestens 80.000/- TSh. (DN 21.4./1.5.10; Guardian 1./6.5.10, East African 3.5.10)

Wegen der Lohnerhöhung würden voraussichtlich 50-75 % der Angestellten entlassen, sagte ein Verantwortungsträger der Tourismusbranche. Sie hat mehr als 600.000 Arbeitnehmer und ist der größte Arbeitgeber Tansanias (Arusha Times 1.5.10)

Sansibar: zur Regierung nationaler Einheit, Referendum, zum politischen Klima

Zur Einführung einer Regierung nationaler Einheit: Aufgrund eines privaten Antrags diskutierte das *House of Representatives* über die Einführung einer Regierung nationaler Einheit (GNU). Der Vorschlag wurde akzeptiert, die Bedingungen für die Bildung einer GNU wurden geregelt.

Amani Abeid Karume, Präsident von Sansibar, stimmte dem Gesetz zu. Ein Verantwortungsträger der CUF sagte, auch wenn die CCM die Wahl verliert, sei die CUF bereit, eine GNU zu bilden. "Unser Ziel ist, die politischen Probleme in Sansibar zu beenden", erklärte er. (DN 31.3.10; Guardian 11./30.3./4./7.5.10; Citizen 31.3.10)

*

Referendum bezüglich Einführung einer Regierung nationaler Einheit, Gesetz: Die Regierung von Sansibar erarbeitete einen Gesetzesentwurf für ein Referendum zur Einführung einer Regierung nationaler Einheit und legte diesen dem *House of Representatives* vor. Das Gesetz wurde ratifiziert. Es soll auch für weitere Referenden gelten. Nahezu alle CUF-Abgeordneten setzten sich für eine problemlose Durchführung des Referendums ein. Alle Sansibarier sollten sich eintragen lassen, rieten sie.

Die *Zanzibar Electoral Commission* wird das Referendum überwachen.

Für eine GNU ist eine Änderung der Verfassung nötig.

Das Referendum ist das Ergebnis des historischen Übereinkommens zwischen Präsident Amani Abeid Karume und Seif Sarif Hamad, dem Generalsekretär der Oppositionspartei CUF.

Zum Referendum ist nur zugelassen, wer im auf Dauer gültigen Wählerregister registriert ist. Die Person muss in ihrem Wahlkreis ohne Unterbrechung 32 Monate gelebt haben.

Beobachter meinen, Ziel dieses Gesetz sei, die Mehrheit der auf dem Festland oder im Ausland lebenden Sansibarier auszuschließen. Auch alle, die nicht im Wahlregister eingetragen wurden, weil sie keine *National Identity Card* haben, können nicht teilnehmen.

Das Oppositionslager erwartet eine geringe Beteiligung am Referendum, weil vielen Personen die Zulassung verweigert werde.

Der Bildungsminister versprach, die Bevölkerung werde über die Bedeutung einer GNU informiert. Die Sansibarier seien die endlosen politischen Querelen leid. Der Weg werde geebnet für mehr Entwicklung der Inseln, denn die Sansibarier bekämen die Chance, als ein geeintes Volk zu handeln.

Das Referendum soll am 31. Juli durchgeführt werden.

Die CUF äußerte, sogar wenn die CCM die Wahl verliere, sei sie willens, eine GNU zu etablieren, das Abkommen zwischen Karume und Hamad habe den Weg zu freien und fairen Wahlen in Sansibar geebnet. "Unser Ziel ist, die politischen Probleme in Sansibar zu beenden", sagte der Öffentlichkeitssekretär der CUF. Seit dem Abkommen erlebt Sansibar eine seit 1995 nicht mehr gekannte politische Harmonie. (DN 31.3.10; Guardian 11./15./30.3./4.5.10; Citizen 31.3./18.5.10)

*

Anmerkungen Kikwetes: Präsident Kikwete stellte sich hinter die Einführung einer GNU in Sansibar. Sie sei ideal für Sansibar, die einzig mögliche Lösung angesichts der politischen Wirren, die Sansibar seit Einführung des Mehrparteiensystems erlebe. Sie werde unnötigen Konflikten während der Allgemeinen Wahl wehren und den politischen Hass verringern oder gar beenden. Er rief die Sansibarier auf, die Einführung einer GNU zu unterstützen. "Die Geschichte Sansibars, zu der Gewalt und Konflikte während der Registrierung, des Wahlkampfes und der Bekanntgabe des Wahlergebnisses gehörten, veranlasst die CCM, den betreffenden Vorschlag zu unterstützen. Das war eine schwierige Entscheidung, aber wir sollten das tun, damit wir saubere Politik bekommen", sagte er.

Kikwete sprach bei einem 'Youth Solidarity Walk' zur Erinnerung an die Ermordung des ersten Präsidenten von Sansibar, Abeid Amani Karume. Auch die CUF-Jugend nahm daran teil. (DN 7.4.10; Guardian 7.4.10; Citizen 7.4.10)

*

Gemeinsames Gedenken zu Ehren des ersten Präsidenten Sansibars: Kikwete, Amani Abeid Karume, Vizepräsident Ali Mohammed Shein, Vertreter der Regierung der Union und Sansibars und der Religionsgemeinschaften, so wie ausländische Würdenträger, erstmalig auch CUF-Repräsentanten, beteiligten sich zusammen mit den Sansibarern an den Gebeten für Abeid Amani Karume, den ersten Präsidenten Sansibars, der vor 38 Jahren ermordet wurde. Der Mufti Secretary und der katholische Erzbischof Sansibars leiteten die Gebete.

Ein Staatsminister sagte, vor allem, weil er die Revolution Sansibars im Jahr 1964 begann und die Union zwischen Tanganjika und Sansibar ermöglichte, werde man den ersten Präsident in Erinnerung behalten, und weil er gegen rassistische Diskriminierung kämpfte und die Einheit der Nation stärkte. Karume sei von Menschen, die gegen die Revolution waren, ermordet worden. Vor Journalisten sagte Hamad, seine Teilnahme an den Gebeten sei ein Zeichen dafür, dass seine Partei eine neue politische Linie verfolge, die Einigkeit und Harmonie fördern wolle. "Unsere Differenzen betreffen nur die Politik und die Ideologie. Wenn es um die nationalen Interessen geht, lassen wir die Differenzen auf der Seite und einigen uns als Sansibarier."

Nach den Gebeten besuchten Hamad und Karume das Grab Abeid Amani Karumes, das dicht neben der CCM-Zentrale liegt.

An diesem Tag betrat der CUF-Generalsekretär, Seif Sarif Hamad, erstmalig wieder die CCM-Zentrale, 20 Jahre nach seinem Austritt aus der regierenden Partei und Eintritt in die CUF. Bis dahin war er ein führender Verantwortungsträger der CCM gewesen. Seit dem Treffen Hamads und Karumes im State House Sansibars im November '09 <Vergl. Tans.-Inf. 12/09 S. 5> kooperierten die beiden bei einer Reihe sozialer und entwicklungsbezogener Aktivitäten, was vor ihrer historischen Zusammenkunft nicht möglich gewesen wäre. Karume war auch Gast bei der Hochzeit einer Tochter Hamads. (Guardian 8.4.10; Citizen 8.4.10)

*

Zur Durchführung des Referendums: Ein sechsköpfiges Komitee des *House of Representatives* mit drei Mitgliedern der CCM und drei der CUF soll die Durchführung einer Resolution zum Referendum bezüglich GNU überwachen. Doch weil im Haushalt dafür keine Finanzmittel vorgesehen sind, kann es seine Aufgabe nicht erfüllen. Benötigt würden 300m/- TSh. Der Vorsitzende des *House of Representatives* sagte: "Wir waren gezwungen, die EU um Unterstützung zu bitten." Sie habe Interesse signalisiert. Das Komitee soll die Referenden in anderen Ländern studieren, in Übersee Erfahrungen mit dem GNU-System sammeln und prüfen, wie viel die Information der Bürgerschaft kostet. Ein Staatsminister sagte: "Ich versichere, die Regierung strengt sich sehr an, um das Problem zu lösen." (Guardian 13.5.10)

*

Zur Opposition gegen Regierung nationaler Einheit: Einige CCM-Repräsentanten führen heimlich eine Kampagne gegen eine GNU. Sie werfen Karume vor, er ebne der Opposition den Weg zur Übernahme des Landes.

Auch einige Mitglieder der CUF sind unglücklich wegen des Versöhnungsprozesses. Sie werfen Hamad vor, er habe die Versöhnung übereilt initiiert.

Bei einer Sitzung des *Central Committee der CCM* kritisierte Kikwete die Verantwortungsträger, die gegen die Bildung einer GNU opponierten. Er erinnerte daran, dass die Mitglieder der CCM bei der Konferenz des *National Executive Committee* in Butiama beschlossen hatten, in Sansibar eine solche Regierung einzusetzen. Deshalb sei es unmoralisch, wenn CCM-Mitglieder dagegen sind. Auch der ehemalige Präsident Mwinyi erinnerte an die Diskussion und den Beschluss in Butiama und sagte, niemand solle gegen die Einsetzung einer GNU opponieren. (DN 12./14.4.10; Guardian 12./13.4.10)

Zur Allgemeinen Wahl im Herbst 2010

Zu Bestimmungen, Finanzierung: Mindestalter 18 Jahre. Nur wer sich für die Wahl eintragen ließ, kann wählen - gut für alle, die ihre Karte verloren oder beschädigt haben. Der Name des betreffenden muss im Register des zuständigen Wahllokals eingetragen sein. (DN 25.3.10)

Schon Mitte Mai hatten sich 21,8 Mio. Wähler registrieren lassen, 86 % der Wahlberechtigten. (Guardian 12.5.10)

Bei einer Vorwahl bestimmen die Mitglieder die Kandidaten. Dieses System solle die Demokratie stärken, sagte Präsident Kikwete; es sei sein Traum, dass auch die Kandidaten für die Präsidentschaft der Union und Sansibars auf diese Weise ermittelt werden. (DN 28.4.10)

Die EU stellt Tansania 6mrd/- TSh zur Verfügung, in erster Linie in der Absicht, ein günstiges Klima für eine freie und faire Wahl zu erzeugen. Sie ist bereit, während der Wahl ein Team von Beobachtern aus dem Ausland einzusetzen. (Guardian 6.3.10)

Auf der Insel Pemba zeigten viele Frauen Interesse daran, für einen Sitz im Parlament der Union oder Sansibars, oder in einem Rat zu kandidieren. Doch die Kosten bereiten ihnen Kummer. Sie wurden eben erst, "in der elften Stunde", angehoben: Kandidatur für das Amt des Präsidenten von Sansibar bisher 1m/- nun 3,- TSH; für einen Sitz im *House of Representatives* bisher 50.000/- nun 300.000/- TSh, für ein Amt in einem Rat bish. 15.000/- nun 50.000/- TSh. (DN 29.4.10)

Berichten zufolge müssen in Sansibar alle, die für ein politisches Amt kandidieren wollen, ein Gesundheitszeugnis, incl. HIV/AIDS-Status, vorlegen, ehe sie nominiert werden. Einige meinen, das stigmatisiere Personen, die mit HIV/AIDS leben. Ein Verfechter des Planes erwiderte, Verantwortungsträger müssten aktive Menschen sein, nicht solche mit gesundheitlichen Problemen. (DN 30.4./1.5.10)

Ein Verantwortungsträger der Polizei sagte, bei der kommenden Wahl würden in jeder Wahlstation zwei Polizisten mit Geräten für Nachrichtenübermittlung eingesetzt, unbewaffnet und in Zivil, damit die Wähler nicht eingeschüchtert werden. Die Polizei werde in besonderen Lagern bleiben, nicht herumlaufen und den Wählern Furcht einjagen. (Guardian 6.5.10)

Die christlichen Bischöfe baten die *National Electoral Commission* (NEC), den Wahltermin von Sonntag 31. Oktober auf einen anderen Tag zu verschieben, damit die Gläubigen zum Gottesdienst gehen könnten. Tansania sollte von Burundi lernen, das seine Allgemeine Wahl an einem Montag durchführe. Ein NEC-Verantwortungsträger sagte, man könne noch nicht sagen, ob die Verschiebung möglich sei. Seit vielen Jahren wird in Tansania an einem Sonntag gewählt, ohne dass eine Religionsgruppe das beklagt hatte. (Guardian 27.5.10)

*

Zu Spendenaktionen: Um der Verwendung von schmutzigem Geld im Wahlkampf Einhalt zu gebieten, startete Präsident Kikwete in einer Direktübertragung über Funk und Fernsehen eine elektronische Spendenaktion für den Wahlkampf. Es geht dabei in Ostafrika erstmalig um eine derartige Methode. Manche sagten, Obamas digitale Kampagne werde kopiert. Mitglieder und Sympathisanten der CCM sollen über eine SMS 300/-, 500/- oder 1.000/- TSh spenden, dabei die Nummern 15377, 15388, bzw. 15399 angeben und den jeweiligen Betrag auf das CCM-Bankkonto überweisen. Das Geld wird gleichmäßig über das gesamte Land verteilt.

Doch die traditionellen Methoden zu spenden sind nicht ausgeschlossen, z. B. den Transport für einen Chor zu finanzieren, oder Wahlkämpfern eine Unterkunft anzubieten. Es wird vor der Wahl noch andere Spendenaktionen geben. Die Mittel sollen für Logistik, Motorfahrzeuge, Mieten für Hubschrauber und unterschiedliche Aktivitäten verwendet werden.

Schon am ersten Tag kamen 23.000 SMSs an; weitere treffen ein, berichtete der Sekretär des *National Executive Committee*. 23m/- TSh gingen ein. Ein Minister des *House of Representatives* Sansibars spendete 2m/- TSh.

Die anderen Parteien wurden aufgefordert, ihre Pläne ebenfalls offenzulegen. (DN 28.3.10; Guardian 31.3.10; Citizen 11./ 13.4.10)

*

Kampf gegen Bestechung: Das *Prevention and Combating of Corruption Bureau* (PCCB) richtete in allen Distrikten ein Büro ein, damit es den Wahlkampf besser überwachen kann. Das PCCB war bei der Verabschiedung des *Election Expenses Bill* <Siehe Tans.-Inf. 4/10 S. 5> ein Hauptakteur. Ein Verantwortungsträger des *Enhanced National Anti-Corruption Strategy and Action Plan* (NASCAP) sagte, das PCCB benötige nun die Unterstützung der Öffentlichkeit. Sie könne Hinweise geben auf Bestechung durch Personen, die die Auswahl der Kandidaten beeinflussen wollen. "Die Menschen sollten sich weigern, von Leuten, die aus persönlichem Interesse Macht gewinnen wollen, Schmiergeld anzunehmen." Die meisten verschwänden nach der Wahl, tauchten erst kurz vor der nächsten Wahl wieder auf und böten ihren Wählern kleine Dankgeschenke an. Er berichtete, das PCCB gebe in Schulen und Universitäten Anleitungen für den Kampf gegen die Korruption. (Guardian 19.4.10)

Der Parteien-Registrar warf einigen Politikern vor, schon vor Beginn des Wahlkampfes reisten sie herum, verteilten T-Shirts, Handys und alkoholische Getränke und böten armen Familien Schulgeld an, um potentielle Wähler zu bestechen.

Vor Reportern sagte er, die Zeiten hätten sich geändert. Von nun an gälten laut *Election Expenses Bill* alle, die von Kandidaten ein Geschenk annehmen, als Leute, die in Korruption verwickelt sind. Bei der Durchführung gebe es Schwierigkeiten, gab er zu. (Guardian 7./18.5.10)

*

Zum Wahlkampf: Auch Zauberer, Astrologen und Seher wollen während der Vorbereitungen der Wahl ein Geschäft machen. Auf einem Plakat liest man: 'Mganga Bingwa, Facharzt aus Sumbawanga, verhilft zu einem Sitz im Parlament, die Geliebte in der Ferne zu rufen...' In Bagamoyo, Sumbawanga, Pemba und andernorts brauen die Medizinmänner geschäftig Zaubermittel zusammen, die den Politikern helfen, die Wahl zu gewinnen. Der Großteil der Tansanier sind Christen oder Muslime, aber die meisten respektieren den animistischen Glauben ihrer Ahnen. Oft lassen sie sich in Geldnöten, Krankheiten oder Herzensangelegenheiten von Zauberdoktoren beraten. "Unsere Vorfahren verwendeten Zauberei, um das Königsamt oder eine andere führende Position zu erlangen. Und die selbe traditionelle Medizin, das selbe Wissen kann jetzt verwendet werden, will man einen Sitz im Parlament bekommen", erklärte ein traditioneller Heilkundiger. Es gebe jedoch auch viele falsche Medizinmänner, sagt er. "Ein echter Zauberdoktor macht keine Anzeigen. Wer Probleme hat, kommt auf Empfehlung von Verwandten oder Freunden, denen er einmal geholfen hat, zu ihm", erklärte er. (DN 28.3.10)

Der Direktor des Makumbusho Kulturzentrums riet den einheimischen Künstlern, während der Wahlvorbereitungen wachsam zu sein. Meistens nutzten Politiker ihre Dienste, ohne sie angemessen zu entlohnen. "Es ist höchste Zeit, dass Politiker kapieren, traditioneller Tanz ist sowohl Unterhaltung als auch Geschäft, wenn sie die Gruppen benützen, um Wahlen zu gewinnen. Die Künstler sollten einen Vertrag abschließen, ehe sie auftreten. (DN 25.5.10)

*

Zu Unterstützung vor und während der Wahl: Das *Tanzania Institute of Adult Education* organisierte ein Seminar für Bildungsbeauftragte der Regionen und Distrikte u. a. Verantwortungsträger, ein anderes für die führenden Leute aller Religionsgemeinschaften. Bei diesem sagte der Parteien-Registrierer, sie sollten in ihren Predigten Zeit dafür einräumen, den Menschen an der Basis Bedeutung und Auswirkung des neuen Gesetzes zur Finanzierung des Wahlkampfes (*Election Expenses Bill*) beizubringen. Spielen sie ihre Rolle, wird die Information der Bevölkerung leicht und erfolgreich sein. (Guardian 7./10.5.10)

Präsident Kikwete lud 51 Repräsentanten der Religionsgemeinschaften zu einem zweitägigen Roundtable-Gespräch ein. Er suchte ihre Unterstützung bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Bezug auf die jüngst verabschiedeten Gesetze. Er rief sie auf, sich parteipolitischer Aktivitäten auf der Kanzel zu enthalten, denn das könne Zwietracht säen. In einem am Ende verabschiedeten gemeinsamen Communiqué mit sieben Punkten werden die Gebiete der Kooperation herausgestellt.

Schon vor dem Treffen forderte der *Muslims Council of Tanzania* (Bakwata), nicht nur 15 Muslime teilnehmen zu lassen; einige muslimische Organisationen seien nicht eingeladen worden. Die Christen seien gut vertreten. (Citizen 13/14.5.10)

Das *Tanzania Editors Forum* (TEF) versprach, sicherzustellen, dass ihre Medien bei der Förderung von Frieden und Ruhe vor, während und nach der Wahl eine wichtige Rolle spielen. Es sei seine Pflicht, die Bevölkerung zu informieren und freie, friedliche und faire Wahlen zu ermöglichen. Es verurteilte die Tendenz einiger Politiker, die Medien für die Beschmutzung anderer Politiker zu missbrauchen. Die Kandidaten sollten eine Niederlage akzeptieren.

In einer Erklärung der *Tanzania Media Women's Association* (Tamwa) heißt es, man werde den Wahlprozess kritisch beobachten und verantwortungslose Berichterstattung meiden, die Hass aufgrund von Religion, Ethnie oder Geschlecht erzeugen. (Guardian 10.5.10)

*

Kommentar: Beobachter sind überzeugt, die diesjährige Wahl unterscheide sich von den früheren durch große öffentliche Aufmerksamkeit dank Information durch die *National Electoral Commission* (NEC), zivilgesellschaftliche und religiöse Organisationen. Dieses Mal ließen sich die Menschen nicht wieder auf den Arm nehmen. Alle, die kandidieren wollen, müssen erklären, warum sie sich um ein bestimmtes Amt bewerben wollen. Wer erneut kandidiert, muss der Öffentlichkeit sagen, was er oder sie getan hat, um eine Wiederwahl zu verdienen. (DN 12.5.10)

Zu regenerativer Energie

Agrotreibstoff: Die NRO *Tanzania Energy Development and Environment Organisation* (TaTEDO) will in mehr als 100 Dörfern, in denen *Jatropha* angebaut wird, Maschinen zur Energiegewinnung aufstellen. Vorher werde man Techniker aus unterschiedlichen Regionen über Betrieb und Wartung informieren, berichtete der TaTEDO Betriebsdirektor. Bisher habe man in Arusha und Dar-es-Salaam bereits mehr als 100 Personen gelehrt, wie die Maschinen installiert, betrieben und gewartet werden. (Guardian 2.10.09)

Im Rufiji- und im Kisarawe-Distrikt (Küsten-Region) wird durch Investoren immer mehr Land für den Anbau von *Jatropha*, Palmöl und Maniok für die Produktion von Agro-Treibstoff mit Beschlag belegt. Die heimische Bevölkerung leide, denn der Tourismus werde gefährdet, weil Wald und Lebensraum für Wild verschwinde, fürchtet ein Verantwortungsträger eines Dorfrates. (Guardian 18.12.09)

Ein Mitarbeiter der *Environmental Human Rights Care and Gender Organisation* (ENVIROCARE) sagte, die Kleinbauern hätten nichts davon, wenn für Agrotreibstoff Agrarprodukte angebaut werden. Im Augenblick handle es sich um vier Pflanzenarten, Getreide, Rüben z. B. Maniok, Zuckerrohr, ölhaltige Früchte z. B. *Jatropha* und landwirtschaftliche Abfallstoffe. Doch die Regierung solle vorsichtig sein mit Agrotreibstoffprojekten, denn der größte Teil der Ernteprodukte werde von den Investoren exportiert. Diese sollten von der Regierung ermuntert werden, auch Fabriken zu errichten, damit die Agrarprodukte im Land verarbeitet werden könnten. Im Augenblick würden den Investoren aus dem Ausland in unterschiedlichen Regionen 650.000 ha Land angeboten. Viele ansässige Gemeinden vertreibe man von ihrem Land. (Guardian 6.1.10)

Die *Weltbank* (WB) forderte die Länder Afrikas auf, für die Produktion von Agrotreibstoff politische Leitlinien zu verabschieden, damit man Risiken aufgrund waghalsigen Anbaus vermeide und ein Beitrag für das Wirtschaftswachstum ermöglicht werde. Die meisten afrikanischen Staaten, Tansania incl., setzten das Leben und die Wirtschaft ihrer Einwohner großen Risiken aus. Die

Themen Ökologie, Landzuteilung und Versorgungssicherheit müssten bedacht werden. "Die Produktion von Agrotreibstoff bringt zusätzliche Gefahren, denn bei der Gewinnung von Agrodiesel und Äthanol entstehen große Mengen organisch belasteten Abwassers, das die Umwelt zerstören kann, wenn es unbehandelt entsorgt wird", erklärte ein Verantwortungsträger der WB. Ein anderer betonte, häufig werde Gemeindeland ohne Vorbedingungen langfristig verpachtet. Die Gemeinden verlören dadurch ihr Land und bekämen die versprochenen Arbeitsplätze nicht. (Guardian 20.1.10)

Der Generalmanager der tansanischen Gesellschaft *Sun Biofuels* sagte, die Firma werde durch ihr *Jatropha*-Agrotreibstoff-Projekt 1.500 Arbeitsplätze schaffen. 400 Personen hätten bereits eine volle Stelle, die anderen würden im Lauf der kommenden vier Jahre eingestellt. Das sei gut für die Umwelt, denn die meisten seien bisher als Köhler tätig. An Entschädigung seien Dorfbewohnern bereits 287,4m/- TSh ausbezahlt worden. (Guardian 30.3.10)

*

Biogas: Zusammen mit privaten Interessenten will die Regierung auf der Hale-Sisalfarm (Muheza-Distrikt, Tanga-Region) ein internationales Zentrum für die Produktion von Biogas einrichten. "Wir werden Ausbildung, Beratung und Dienstleistungen im Labor ausführen", berichtete der Betriebsdirektor von *Katani Ltd.* Seit August '07 läuft dort erfolgreich ein gewaltiges Werk, das aus Sisalabfällen Energie gewinnt, das erste seinesgleichen weltweit. <Verlg. Tans.-Inf. 12/07 S. 6> Es produziert neben Biogas Dünger sowie Strom. 1,5 bis 3 MW sollen in das landesweite Netz eingespeist werden. (DN 13.4.10; Guardian 24.8.09)

Die EU gewährte Finanzmittel für die Unterstützung der Energieversorgung, incl. Biogas-Nutzung und Förderung verbesserter Kochherde. 200 derselben sollen in zwei Dörfern des Arumeru-Distrikts (Arusha-Region) verteilt werden. (Arusha Times 3.4.10)

*

Erdwärme: Geologische Untersuchungen zeigen, dass Malawi, Mosambik und Tansania entlang des Grabenbruchs große Möglichkeiten für Nutzung von Erdwärme haben. In Tansania könnten unweit des Natronsees 650 MW ins landesweite Netz eingespeist werden. (Guardian 12.5.10)

*

Landwirtschaftlicher Abfall: In Zusammenarbeit mit der *Commission for Science and Technology* produziert das *Appropriate Rural Technology Institute Tanzania* in den Regionen Küste, Mbeya und Mtwara umweltfreundlich Holzkohle. Aus Abfällen der Landwirtschaft werden Briketts hergestellt. In Burundi, Kenia, Tanzania und Uganda gibt es bereits mehr als 50 Anlagen. (Guardian 7.5.10)

Meereswellen: Bei Machbarkeitsstudien auf der Insel Pemba fanden Experten aus Israel ein gewaltiges Potential für Stromgewinnung mit Hilfe von Meereswellen.

Der Minister für Wasser, Bau und Landrechte Sansibars berichtete, man werde in Sansibar Wind und Meereswellen nutzen, sowie Müll; ein Fachmann aus Deutschland führe Verhandlungen mit der Regierung. (Guardian 23.6.09)

*

Photovoltaik: William Ngeleja, Minister für Energie und Bodenschätze, berichtete, die Nutzung der Photovoltaik habe in den letzten Jahren zugenommen; überall gebe es unterschiedliche Projekte, die die Sonnenkraft nutzen. Geber und zivilgesellschaftliche Organisationen trieben sie voran. (Guardian 17.7.09)

Vodacom führte mit Solarstrom aufladbare Mobiltelefone ein. Vor allem Nutzer in abgelegenen Gebieten ohne Stromversorgung werden davon profitieren. "Statt weite Strecken zurückzulegen, um ihr Handy aufzuladen, können sie nun die Sonnenstrahlen nutzen", betonte ein *Vodacom*-Verantwortungsträger. (Citizen 23.10.09)

Die Verwaltung des Singida-Distrikts plant, in 20 Krankenstationen Solarpanele zu installieren, um die Versorgung bei Entbindungen zu verbessern, denn meistens steht nur eine traditionelle Lampe zur Verfügung. (Guardian 1.4.10; Msema Kweli 4.4.10)

Ein Projektmanager von *Oikos East Africa* berichtete, dank Unterstützung der EU würden alle Primar- und Sekundarschulen in zwei Dörfern des Arumeru-Distrikts (Arusha-Region) Solarpanele erhalten. Zwei staatliche Sekundarschulen bekommen außerdem je 13 mit Solarstrom betriebene Computer und Kücheneinrichtungen. Auf diese Weise werden die schwindenden Wälder geschont und die Informations- und Kommunikationstechnologie gefördert. (Guardian 5.4.10; Arusha Times 3.4.10)

In Kooperation mit der chinesischen *Suntech Company* will *Rex Investment Ltd.* (RIL), eine vor zehn Jahren gegründete tansanische Privatfirma, Tanzania und seine Nachbarländer mit 1 MW-

Solarpanelen versorgen, im kommenden Jahr auch mit 2- und mit 5-MW-Panelen. RIL ist entschlossen, vor allem der ländlichen Bevölkerung, die nicht ans landesweite Netz angeschlossen ist, zu helfen, ihnen auch technischen Rat bezüglich Energieversorgung anbieten. Der RIL-Direktor sagte, man sei bereit, Firmen, die gefälschte Solarpaneele anbieten, anzuzeigen. (DN 15.4.10)

Dank eines von der Weltbank finanzierten Photovoltaik-Projektes erhalten im Distrikt Sumbawanga-Land (Rukwa-Region) sechs Gesundheitszentren, 35 Gesundheitsstationen, neun Sekundarschulen, 71 Wohnhäuser, sieben Schüler-Wohnheime und neun Polizeistationen Strom. Außerdem sollen in 82 Dörfern etwa 240 Straßenlampen aufgestellt werden. Schon '05 wurde das Projekt in 13 Regionen erfolgreich durchgeführt. In diesem Rahmen werde in Tansania schätzungsweise 3,1 MW Solarstrom produziert. (DN 20.4.10)

Die *Ensol* (T) Ltd. berichtete, sie habe Klassenzimmer und Mädchenschlafräume einer Sekundarschule in der Iringa-Region mit Solarstrom ausgestattet. Im vergangenen Jahr waren dort zwölf Mädchen zu Tode gekommen, weil ein Brand, durch Kerzen verursacht, ausgebrochen war. Seit ihrer Gründung 2001 hatte diese ganz in tansanischer Hand befindliche Firma in Krankenhäusern und -zentren, Schulen, Firmen und Privathäusern, die Probleme mit der Stromversorgung hatten, Solarpaneele installiert. Sie kooperiert eng mit führenden Solarstromfirmen, so dass die Kunden in den Genuss der jüngsten, technisch am weitesten entwickelten Produkte und Dienstleistungen kommen. (DN 22.4.10)

*

Windkraft: Der Stromerzeuger *WIND East Africa* startete ein großes Projekt. Mit 24 Windrädern will man 50 MW erzeugen. (Guardian 12.6.10)

William Ngeleja, Minister für Energie und Bodenschätze, berichtete, in Gebieten ohne Stromversorgung werde die Windkraft vielfach für das Pumpen von Wasser verwendet. In Kooperation mit der dänischen habe die tansanische Regierung in vier Regionen die Windgeschwindigkeit gemessen. Zusammen mit der *Tanzania Electric Supply Company* (Tanesco) werde sie damit fortfahren. In Makambako (Iringa-Region) und in Kitiimo (Singida-Region) habe man eine Windgeschwindigkeit von 8 m/sec. gemessen. Das habe einige Investoren beeindruckt. Möglicherweise würden sie dort 50 MW erzeugen, sagte er. (Guardian 17.7.09)

Demnächst sollen 15 MW Windstrom ins landesweite Netz eingespeist werden. Vor etwa 30 Jahren begann man in Tansania, in unterschiedlichen Gebieten Windräder aufzustellen, die Wasser für den Hausgebrauch, das Tränken des Viehs, gelegentlich auch für Bewässerung pumpen. Einige Male stellte man Windräder lokal her, doch sie waren nie erfolgreich. 1980 versuchte man, Strom zu produzieren, aber auch das war vergeblich. (Guardian 4.12.09)

Zwei Dörfer des Kilolo-Distrikts (Iringa-Region) sollen demnächst rund um die Uhr von Windrädern erzeugten Strom erhalten - für Licht und das Aufladen der Handys. (DN 12.4.10)

Zu Problemen von Kindern und Jugendlichen

Kinderarbeit: Viele Kinder arbeiten in risikoreichen Bereichen, in Landwirtschaft, Bergbau und Fischerei. Andere waschen die Wäsche, ziehen Fischnetze aus dem Wasser, putzen Fischerboote, schuppen und rösten Fische; andere Kinder erledigen Hausarbeit, hüten das Vieh, treiben Handel mit Erdnüssen, Süßigkeiten, Plastiktüten, Sprudel, Saft oder Trinkwasser, Mädchen prostituieren sich.

Laut eines Berichtes über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit spielen die meisten Eltern im Kampf gegen diese wegen wachsender finanzieller Probleme keine wichtige Rolle. Aus diesem Grund erlauben sie ihren Kindern, eine Anstellung anzunehmen. (DN 28.10.09; Guardian 30.1.10)

Die Aussicht, auf dem Fischmarkt in Sansibars Stonetown schnell Geld zu verdienen, lockt zu viele Kinder an. "Sie würden gerne zur Schule gehen, aber sie müssen arbeiten, um ihre Eltern zu unterstützen", berichtete ein Mitarbeiter von *Save the Children*.

Die meisten verkaufen morgens und nachmittags, wenn die Fischer zurückkommen, Tee und Kleinigkeiten. Auf Pemba zerschlagen viele Kinder Steine zu Schotter. Noch schwieriger ist die Arbeit in den Nelkenpflanzungen, in den Meeresalgenanlagen, so wie im Tourismus- und Hotelgewerbe. Viele sind auch in Kinderprostitution tätig.

Ein 15-jähriger Saftverkäufer berichtete, er arbeite jeden Tag sieben Stunden, verdiene dabei etwa 7.000/- TSh. Den größten Teil erhalte sein älterer Bruder, der Rest werde an die auf dem Festland lebenden Eltern geschickt. "Meine Eltern sind arm, sie konnten mich nicht in der Schule

lassen." Wenn ich meinen Bruder bäte, mich wieder in die Schule zu bringen, würde er mich zu den Eltern zurückschicken", fürchtet er. (ThisDay; IRIN 7.4.10)

Im Bericht der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) zur Kinderarbeit heißt es, die Bemühungen um die Eindämmung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, nähmen ab. Das dürfe nicht mit dem weltweiten wirtschaftlichen Niedergang entschuldigt werden. Am meisten Kinderarbeit gebe es in Afrika südlich der Sahara. (DN 8.5.10)

*

Menschenhandel: Im Mpanda-Distrikt (Rukwa-Region) verhaftete die Polizei eine junge Frau, weil sie drei Primarschülerinnen ohne Zustimmung ihrer Eltern auf einem Lastwagen aus der Stadt Mpanda nach Mbeya gebracht hatte, um sie vermutlich an ein organisiertes Kartell von Menschenhändlern zu verkaufen; den Preis für die Mädchen hätte man ausgehandelt. Wahrscheinlich ist sie selbst eine 'notorische Menschenhändlerin'.

Die Frau gab zu, verbotenerweise versucht zu haben, die Kinder an 'Kunden' in Mbeya zu verkaufen. Offensichtlich sollten sie nach Dar-es-Salaam gebracht und dort als Hausangestellte, Prostituierte, Barmädchen oder Dienstmädchen in Bruchbuden angestellt werden. Die Kinder wurden nach Mpanda zurückgebracht. (DN 29.4.10)

*

Missbrauch: In Morogoro verhörte die Polizei einen Primarschullehrer (55), der 13 Schülerinnen zwischen vier und zwölf Jahren missbraucht haben soll. Die Kinder, ihre Eltern und Verantwortungsträger des Dorfes hatten sich vor der Schule eingefunden, doch der betreffende Lehrer war bei einer Trauerfeier. Bei seiner Rückkehr wurde er verhaftet. Die Kinder berichteten, er habe die Gewohnheit, sie in sein Büro zu rufen, um ihre Klassenarbeit zu zensieren; doch statt dessen missbrauche er sie sexuell und verspreche ihnen danach, er werde sie heiraten. (Guardian 30.4.10)

*

Misshandlung durch Eltern: Immer häufiger erleiden Kinder durch ihre Eltern schreckliche Grausamkeiten. Man berichtete von Eltern, die ihre Kinder erschlagen, Müttern, die ihren Kindern die Hände verbrennen, um sie für Diebstahl zu bestrafen. Ein Vater soll seinen Sohn mit Albinismus geschlachtet haben, um Geld zu bekommen. Eine Rechtsanwältin des *Legal and Human Rights Centre* (LHRC) berichtete von einer vermutlich geistig verwirrten Frau, die ihre drei Kinder erschlug. Ein Kind wurde von seinen Eltern ermordet, weil es aufbewahrte Lebensmittel gegessen, ein anderes, weil es Saatgut, das für die Aussaat aufbewahrt wurde, gekocht hatte. Ein Teenager kam ins Krankenhaus, weil sein Vater seinen Speer nach ihm geworfen hatte, als er spät nach Hause kam und um Nahrung bat. Ein Experte sagte, die Familien, vor allem die auf dem Land, litten unendliche Not. Extrem niedergeschlagene Eltern reagierten ihren Frust an unschuldigen Kindern ab. (Citizen 23.5.10)

*

Schwangerschaft von Schülerinnen: Während der letzten fünf Jahre mussten 28.600 Schülerinnen die Schule wegen Schwangerschaft vorzeitig verlassen. Schuld war meistens Armut, mangelhafte Aufklärung, frühzeitige Initiationsriten für Mädchen und das Fehlen von Transportmöglichkeiten zur Schule. In einer Erklärung der *Tanzania Media Women's Association* (Tamwa) heißt es, man sei überzeugt, Schwangerschaft von Schülerinnen sei vermeidbar, wenn man die Mädchen ausreichend informiert und sie ermutigt, bei Druck und sexueller Versuchung Nein zu sagen. (Guardian 8.5.10)

31 Journalisten unterschiedlicher Medienhäuser untersuchen in 17 Regionen die Fälle von Schwangerschaft von Schülerinnen. Sie fragen Regierungsleute, Abgeordnete, Erziehungsbeauftragte, Räte und Dorfführer, wie das Problem am besten gelöst werden könnte.

Sie wollen auch die Meinung von Eltern, Erziehungsberechtigten, Schülerinnen, Lehrkräften, Polizisten und Mädchen, die wegen Schwangerschaft die Schule verlassen mussten, wissen. Die Untersuchungsergebnisse sollen Aufmerksamkeit in der Gesellschaft und bei Regierungsleuten schaffen. (Guardian 24.5.10)

Im Karagwe-Distrikt (Kagera-Region) waren in den letzten drei Jahren 85 % der Schülerinnen, die schwanger wurden, HIV-positiv. Der District Commissioner sagte: "Diese böswilligen Männer wenden sich armen Schülerinnen zu, weil sie fälschlicherweise meinen, Kinder dieses relativ zarten Alters seien nicht mit dem HIV infiziert. Aber die Folgen sind katastrophal."

Eine 17-Jährige berichtete, ihr Vater wolle sie nicht in seinem Haus sehen. Man riet ihr zur Abtreibung, doch sie habe kein Geld dafür. Manche Mädchen versuchen, mit Hilfe traditioneller Geburtshelferinnen durch Kräuter abzutreiben. Aber die meisten bekommen große Probleme und müssen in ein Krankenhaus gebracht werden. Doch manchmal ist es zu spät. (Guardian 28.5.10)

Kommentar: Die Bemühungen, die Schwangerschaft von Schülerinnen einzudämmen zeigen keine Resultate. Sooft Regierungsleute auch anordnen, die Verantwortlichen zu bestrafen,

müssen weiterhin viele Schülerinnen wegen Schwangerschaft die Schule verlassen. Auch Nichtregierungsorganisationen und Aktivisten setzten sich ein. Werden Schuldige nicht bestraft, ermutigt das andere. Es gibt Gesetze, die, richtig angewendet, sicherstellen, dass schlechte Menschen für ihre Sünden zahlen. Man muss einige Eltern tadeln, weil sie mit den Verbrechern kooperieren, wenn sie Geschenke oder Geld bekommen. Deshalb sind viele nicht bereit, die Daten derer, die ihre Töchter geschwängert haben, preiszugeben, weil sie mit ihnen ein Geschäft gemacht haben. (Citizen 26.5.10)

*

'Straßenkinder': Weil immer mehr Kinder auf der Straße leben, ist es ein Alptraum, muss man in Mwanza nachts auf der Straße sein. Seit man dort Straßenlaternen aufstellte, strömen die Kinder ins Stadtzentrum und spielen Autofahrern, Fußgängern und sogar Ladeninhabern durch ihr ungehobeltes Benehmen übel mit. Einige, die vielleicht aus dem hintersten Winkel kommen, erleichtern sich ohne Scheu im Angesicht der Passanten vor einem Laden. Immer mehr betätigen sich als Taschendiebe, brechen geparkte Autos auf und klauen, was sie dort finden. Jeder Autofahrer wird angebettelt. Lehnt er ab, zerkratzen sie sein Fahrzeug, oder reißen Seitenspiegel oder Scheinwerfer ab. Die Kinder raufen ständig und fluchen unflätig. Auch die Mädchen sind nicht gefeit vor so einem schrecklichen Benehmen; sie verhalten sich genau so unmöglich wie die Jungen.

Mädchen und Jungen rauchen, saugen Schnaps aus einem Schwamm, während sie die sonst ruhige und gut verwaltete Stadt versauen.

Vernachlässigen wir diese jungen Männer und Frauen weiterhin, erzeugen wir zukünftige Mörder, Plünderer, Vergewaltiger und Prostituierte, ohne ernsthaft zu überlegen. (Citizen 21.4.10)

*

Verheiratung Minderjähriger: *Children's Dignity Forum* (CDF), eine lokale NRO, arbeitet in der Mara- und der Mwanza-Region. Im Tarime-Distrikt (Mara-Region) half sie 30 Mädchen, die als Kinder verheiratet worden waren, mit finanzieller Unterstützung, ein Unternehmen zu starten, eine Schneiderei, einen Friseurladen oder Catering. Sie vermittelte den Mädchen auch grundlegende Wirtschaftskennntnisse und zahlt Miete und Strom für die Geschäfte.

Im Tarime-Distrikt zwingen viele Eltern ihre Töchter im Kindesalter zur Heirat oder geben sie einfach weg. Dafür fordern sie einen Brautpreis in Form von Rindern. Der Besitz vieler Kühe gilt dort weiterhin als Zeichen von Reichtum. (DN 10.5.10)

*

Kinder als Bettler:

Dar-es-Salaamer Kinder äußern sich zu bettelnden Kindern und deren Eltern.

Robert (16): Wenn Kinder merken, dass ihre Eltern sie zum Betteln zwingen, sollten sie nichts heimbringen, damit sie am nächsten Tag nicht wieder rausgeschickt werden.

James (16): Die meisten bettelnden Kinder sind Waisen. Man sollte ihnen helfen, denn sie wollten nicht, dass ihre Eltern sterben.

Japhet (13): Die meisten bettelnden Kinder sind schmutzig und laufen barfuß. Die Polizei sollte sie verhaften und nach Hause bringen, um festzustellen, ob sie wirklich in Not sind.

Rukia (13): Die Kinder sollten sich weigern, der Polizei melden, wenn sie von ihren Eltern gezwungen werden, Bettler zu werden.

Peter (13): Kinder, die von ihren Eltern zum Betteln geschickt werden, tun mir Leid.

Helile (14): Solche Eltern sollten sofort vor Gericht gestellt werden.

Irene (14): Die meisten bettelnden Kinder haben ältere Eltern, die nicht arbeiten und Geld verdienen können. Ich denke, Kinder, die solche Eltern haben, sollten nicht bestraft werden.

Evelyne (13): Es ist nicht schlimm, wenn arme Eltern ihre Kinder zum Betteln schicken, denn sie haben nichts zu Essen, wenn sie nicht betteln. Manche Kinder leben bei ihren Großeltern, weil ihre Eltern gestorben sind. Die Großeltern sind alt und können nicht arbeiten. Deswegen ist das Betteln die einzige Möglichkeit.

Shadrack (10): Manche Eltern zwingen ihre Kinder zum Betteln, weil sie wissen, dass es Leute gibt, die ihnen Geld geben. Solche Eltern sollten bestraft werden. (Guardian 14.4.09/12.1.10)